

# Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen  
Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschaftler, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (Halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-Alt. / Geschäftsstelle und Expedition: Ostbahnhofstr. 2 / Preisdruck-Sammelnummer 14191 / Postfachkonto Dresden Nr. 13553, Emil Seigler Geschäftsleitung: Dresden-Alt. Ostbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17299 / Druckausgabe: „Arbeiterstimme“ Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentage 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

2. Jahrgang Dienstag, den 5. Oktober 1926 Nummer 221

## Koalitionen

Die Partei der Schwerindustrie hat in Köln ihren Parteitag zu Ende geführt. Dieser Parteitag bestand fast nur aus einem Punkt, Stresemanns Rede. Aber diese Rede umfaßte Taktik und Absicht der Volkspartei. Die Rede zeigt den nächsten Geschäftsmann, ohne Illusionen und Ideale. Man nimmt die Unterstützung und Hilfe wo man sie findet. Die Richtung ist gegen die arbeitenden Massen. Man macht eine Demonstration für die monarchistischen Farben, für den Feldmarschall Hindenburg. Das ist das Innerste Wesen der Volkspartei; aber doch, hier auf dem Parteitag ist es eine schöne Geste an monarchistischen Hoffnungen, mit der Monarchie kann man jetzt keine besonderen Geschäfte machen, deswegen braucht man Ruhe und Verständigung mit den Arbeiterführern, die Reparationskosten müssen weitergezahlt werden, man will nochmal nach dem Wohlstande zahlen. Eine verhärtete Nationalisierung muß durchgeführt werden. Da sucht man die Arbeiter zu binden. Das war der Sinn der Stresemann-Rede in Dresden, das ist der Sinn der Stresemann-Rede in Köln und der neuen Stresemann-Rede in Düsseldorf. Die Republik ist schon fertig geworden. Die Kapitalisten erachten die in der republikanischen Staatsumwälzung von 1918 liegenden Anfangszugänge zu einer Arbeitermacht für überflüssig.

Diese Republik, die der Ebert und Hindenburg, ist eine feste Stütze der kapitalistischen Gesellschaft. Die sozialdemokratischen Führer haben diese Republik gesellschaftsfähig gemacht. Sie sind dabei selbst gesellschaftsfähig geworden, auf Kosten des Befreiungskampfes der Arbeiter. Stellt den Klassenkampf ein, kämpft nicht um die Befreiung der Arbeiter, dann können wir zusammen arbeiten. Das war die Bedeutung der Kölner Tagung. Die Volkspartei hat es für richtig gehalten, keinen deutschnationalen Rummel zu machen. Die Taktik der Zerlegung und Zermürbung der Arbeiterbewegung, die Taktik des Kaufens von Renegaten soll noch eine Zeitlang fortgesetzt werden. Nicht die Volkspartei deswegen die Verräter, will man Koalitionen an die Arbeiter machen? Nein! Man weiß Neues, mit Hilfe der SPD-Führer kann man die Arbeiter besser ins Netz spannen. Dabei geht das Streben dahin, der zermürbten Arbeiterklasse ständig neue Vallen aufzulegen und sie wieder auszuhalten, wenn es an der Zeit ist. Wilhelm Fricklich schreibt dazu im „Dresdner Anzeiger“:

„Natürlich ist eine nichtsozialdemokratische Regierung von Wert und Nutzen, aber nicht eine nichtsozialdemokratische Regierung aus Grundlos.“

Frücklich sagt damit seinen deutschnationalen Freunden, daß die Volkspartei in auf dem gleichen Standpunkte steht wie die Deutschnationalen, daß es aber aus tatsächlichen Gründen noch unüberwindlich ist, mit der SPD zu koalieren.

Auf der Kölner Tagung hat Herr Gustav Stresemann deutlich genug erklärt, unter welchen Umständen er bereit ist, mit den sozialdemokratischen Führern zusammen zu regieren. Gerade in Bezug auf Sachfen hat Stresemann die Dinge klargelegt. Er erklärte:

„Vorüber ist denn ein Streit entstanden in Sachfen? Darüber, daß man von uns die grundsätzliche Einstellung verleihe, im Falle der Erreichung einer bürgerlichen Mehrheit in Sachfen unter keinen Umständen in irgendeine Koalition mit der Sozialdemokratie einzutreten. Ich sehe davon ab, daß in Sachfen zwei sozialdemokratische Vorsetzer die Macht an die Monarchie freieren. Um die Mandate kämpfen diejenigen, die aus ihrer Partei ausgeschlossen sind wegen ihres Zusammengehens mit der Deutschen Volkspartei in den letzten Jahren.“

Wenn hier aus der Sozialdemokratie heraus in einem industriell so entwickelten Lande wie Sachfen bei einem großen Teile der Gewerkschaften die Empfindung kommt, der Kampf um die Herrschaft im Lande dürfe nicht geführt werden im Sinne des klassenkämpferischen Sozialismus gegenüber dem Bürgertum, sondern: Wir stellen uns bewußt auf den Standpunkt, mit dem Bürgertum zusammen das Beste für das Volk herauszuholen, dann wäre es eine Verleugung der Grundzüge der Deutschen Volkspartei, denen nicht die Hand zu reichen, die das erstreben.

lassen Sie mich dazu, von dieser einzelnen Frage abgesehen, das eine vom politischen und vom allgemein-vaterländischen Gesichtspunkte aus sagen: Wenn gerade ehemalige Frontkämpfer einen solchen Standpunkt einnehmen, so betrübt mich das noch tiefer als überhaupt diese parteipolitische Zerlegung. Unser Kampf muß sich richten gegen den klassenkämpferischen Charakter als solchen, wo er auf der einen oder anderen Seite auftritt. Wenn die Sozialdemokratie in einzelnen Ländern oder in Reichweite in ihrer Gesamteinstellung zurückfällt in den Gedanken des Klassenkampfes, dann gilt ihr entscheidender und grundsätzlicher Kampf.

Der eine Gedanke gilt: der des Abherrtrens aller bürgerlichen Parteien zueinander, aber dazu gehört das zweite: die Bereitschaft eines sich einander verabschiedenden Bürgertums auch zu jeder Verständigung mit jedem, der gewillt ist, den Klassenkampfgedanken aufzugeben. Wir wollen uns bekennen zu der Überwindung jedes gesellschaftlichen Unterschiedes, der viel mehr zur Stärkung der Sozialdemokratie beigetragen hat als das „Erweiterungsprogramm.“

Der Preis ist nicht hoch, nichts mehr und nicht wie die Laube des Befreiungskampfes.

## Vor der Entscheidung im Hafenarbeiterkampf

### Ungebrochener Kampfwille der Arbeiter

Hamburg, 5. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Gestern tagte die von der Streikleitung einberufene Vollversammlung aller freigewerkschaftlich organisierten Hafenarbeiter. 5-6000 Hafenarbeiter waren im Gewerkschaftshaus anwesend. Tausende konnten keinen Einlaß finden. Nach den Referaten der Streikleitung sprachen 10 Diskussionsredner, darunter 3 Sozialdemokraten, ausnahmslos für den Streik. Die Sozialdemokraten griffen die Haltung ihrer Partei öffentlich hart an. Folgende Beschlüsse wurden angenommen: Die Vollversammlung der freigewerkschaftlich organisierten Hafenarbeiter billigt den Bescheid der Streikleitung und bekräftigt die von ihr zur Durchführung des Kampfes getroffenen Maßnahmen, insbesondere die Herausgabe von Sammelkarten zur Unterstützung des Streiks. Die Vollversammlung beantragt die Streikleitung, sich sofort an die noch arbeitenden Betriebe mit der Bitte um Veranstaltung von Geldsammlungen zur Unterstützung der Streikenden zu wenden. Ein anderer Bescheid lautet: Die im Gewerkschaftshaus tagende Vollversammlung der freigewerkschaftlich organisierten Hafenarbeiter des Verkehrsverbandes, des Verbandes der Maschinen- und Heizer beschießt nach Anhören des Berichtes der Streikleitung folgendes: Der mit jeder Entschlossenheit und unter günstigen Bedingungen aufgenommene Streik wird auf der ganzen Linie mit größter Kraftanstrengung fortgesetzt. Sämtliche gewerkschaftlich organisierten Hafenarbeiter beider beteiligten Verbände werden aufgefordert, geschlossen im Streik zu verharren. Der Anruf der Hamburger Inskanzen des Deutschen Verkehrsverbandes und des Zentralverbandes der Maschinen- und Heizer zur Anerkennung des Streikbeschlusses und zur Wiederaufnahme der Arbeit ist unehrenhaftig ergehen und widerpricht den Beschlüssen der Organisation. Der Kampf wird mit größter Energie und einmütig weitergeführt, um die dringlichsten Forderungen der Hafenarbeiter durchzusetzen und die Hafengewaltigen trotz aller Drohmaßnahmen niederzurufen. Die Streikparolen lauten: Unbedingte Verteidigung des Streikrechtes. Zurückziehung der schändlichen Verbindlichkeitsverpflichtung des Schiedsgerichts. 20prozentige Lohnerhöhung. Stägiger Garantielohn. Beseitigung der Heberhöhen.

### Zurückziehung der Teno erzwungen

Hamburg, 5. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der gesamte Hafenbetrieb ruht still. In der Röhle liegen eine Reihe von Schiffen ohne Feuer. Inzwischen die Handarbeit mit der Auflockerung der Wiederaufnahme der Arbeit verteilten, wurden von den Arbeitern durch Beispiel aus dem Hafen verweigert. Die Arbeiter verlangten die Zurückziehung der eingehenden Teno. Nach längerem Verhandeln wurden die Forderungen der Arbeiter erfüllt werden.

### Die Gewerkschaftsführer fordern Abbruch des Kampfes

Hamburg, 5. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Nach Kenntnisnahme des Ergebnisses der freigewerkschaftlichen Vollversammlung erklärten die Verbandsleitungen, das Resultat der Abstimmung nicht anzuerkennen, jede Unter-

Aber diese Ausführungen Stresemanns bekämpfen nach, daß die Wähler und Teile getreue Knappen, daß sie den Klassenkampf aufgeben, daß sie die Unmöglichkeit verkünden, wenn sie sagen, sie stehen noch zum Klassenkampf.

Aber der Preis, den Stresemann für Sachfen verkündet, das ist der Preis den die Arbeiterklasse im ganzen Reich zahlen soll. Die Führer der SPD sind bereit, den Preis zu zahlen, auch die Gewerkschaftsführer. Die „Sachfische Gewerkschaftszeitung“ verkündet, die Unternehmer seien aus reiner Vernunft zu der Einsicht gekommen, die Arbeiter mitzutrogen zu lassen,

Abbruch des Streiks abzuzeichnen und forderten auf, für heute die Arbeit in den Betrieben wieder aufzunehmen. Ferner nahm der in seiner Mehrheit sozialdemokratische Gesamthafenbetriebsrat von Hamburg mit wenigen Stimmen Mehrheit gegen die Stimmen der Kommunisten und zahlreicher sozialdemokratischer Betriebsratsmitglieder einen Beschluß für Wiederaufnahme der Arbeit und Abbruch des Streiks an.

### Trotz alledem Fortführung des Kampfes

Heute Urabstimmung der Hafenarbeiter.  
Hamburg, 5. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) In einer gestern Nacht durchgeführten Abstimmung wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, ungeachtet der ablehnenden Haltung der Verbandsleitungen den Streik weiterzuführen, sowie alle notwendigen Maßnahmen entsprechend dem Beschluß der gestrigen Vollversammlung im vollen Umfang und mit größter Kraft fortzusetzen. Eine Delegation von 4 Mitgliedern der Streikleitung fuhr heute früh nach Berlin, um die sofortige Zurückziehung der Verbindlichkeitsverpflichtung im Reichsarbeitsministerium zu fordern. Heute früh wird ein Flugblatt der Streikleitung im gesamten Hafen verbreitet. Heute von 9-6 Uhr wird die Urabstimmung zum Streik vorgenommen. Die Streikleitung führt die Urabstimmung durch.

### Goldbarität mit den Hafenarbeitern

Die kommunistischen Angestellten liefern einen Tagesverdienst für die streikenden Hafenarbeiter ab.

Die Angestellten des Zentralkomitees und der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg der KPD, des kommunistischen Jugendverbandes, der Redaktion und des Verlages der „Roten Fahne“, der Rosa und des Hamn-Verlages, der Gau- und Bundesleitung der Roten Hilfe und der JUB, sowie sämtliche kommunistischen Reichstags- und Landtagsabgeordneten haben beschlossen, sofort einen Tageslohn der Streikfälle der Hafenarbeiter zur Verfügung zu stellen.

Das Zentralkomitee der KPD begrüßt diesen Beschluß und fordert die kommunistischen Angestellten dieser Organisationen im Reichsmaßstab, sowie die kommunistischen Angestellten in den sonstigen parteiähnlichen Betrieben und in den Gewerkschaften auf, dem Beschluß der Berliner Angestellten nachzukommen. Gleichzeitig ersucht das Zentralkomitee der KPD die Arbeiter in den Betrieben, während der Dauer des Streiks der Hafenarbeiter möglichst einen Stundenlohn zur Unterstützung des Kampfes abzuführen.

Der Verlag „Arbeiterstimme“ überweist heute dem Streikkomitee der Hamburger Hafenarbeiter 200 Mark zur Unterstützung des kämpfenden Hafenarbeiters.

Berlin, 5. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Am 2. Oktober erklärte die Gesellschaft der Werks Penanti Kuhnheim in Berlin-Oberbismarckstraße in einer Beschlusseingangsbesprechung durch eine Resolution den Hamburger Hafenarbeitern ihre moralische und aktive Solidarität.

Die haben es gar nicht nötig. Die „Sachfische Gewerkschaftszeitung“ schreibt:

„Die Silberberg-Rede ist von der Gewerkschaftszeitung eingehend gemeldet worden und es wäre falsch, sie als einen „Hilferuf an das Unternehmertum“ hinstellen zu wollen. Das schiefere Karren der Unternehmer“ soll zu machen. Das heißt doch die Augen vor den Tatsachen verschließen, daß sich die Unternehmer zur Zeit in einer sehr günstigen Position befinden und ein Vergleich mit November 1918 keinesfalls zutrifft. Nicht nur die politische Gewalt befindet sich zu erheblichem Teil in den Händen des Unternehmertums, sondern auch das ökonomische Übergewicht ruht durch die Wirtschaftskrise auf dessen Seite. Bei aller Zurückhaltung, die die Gewerkschaften Unternehmerrückfragen entgegenbringen, wäre es verfehlt, die Wandlungen zu verkennen, die sich in diesem Lager vollziehen. Gerade Marxisten mit ihrem historisch gesicherten Blick müßten farbenblind sein, wollten sie übersehen, daß die Entwicklung die tüchtigsten Köpfe des Unternehmertums zur Anerkennung von Tatsachen zwingt, die der alte Tadel noch leugnen konnte.“

Als sich der „neue Geist“ der Unternehmer auf sozial- und lohnpolitischen Gebiete durchringt, ist es gut, höher auf die Kraft der Gewerkschaften, denn auf die Einsicht der „Arbeitgeber“ zu bauen. Denn die stehen in Wechselwirkung zueinander.“

Das ist echt Schillingischer Geist, der nur die Kraft der Unternehmer sieht, und jeden Gläubigen an die Arbeiter verstoßen hat.

Die Arbeiter werden sich zu dieser Einheitsfront der Kapitalisten mit den sozialdemokratischen Arbeitern wohl ein wenig anders stellen.

Während so die Stresemann, Silberberg, die Gewerkschaftsbeamten und ein Teil des sozialdemokratischen Führers ganz offen eine Front gegen den Befreiungskampf der Arbeiter bilden, kann es keinen an der grünen Wiebe ein Zögern

Willst du ein rotes Arbeiterfachschen  
SO SAMMLE GELD UND WERBE FÜR DIE LISTE DER KOMMUNISTEN